

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

13.11.1929 (No. 265)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. U. von
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Streifen Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Setzung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckausgaben und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütungen übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 23. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Geldgeber der deutschen Gemeinden

Von kommunaler Seite wird uns geschrieben:

Die Gesamtschuld von 5,77 Milliarden ist den Gemeinden seit der letzten, vorläufig abschließenden Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes tabelnd vorgehalten worden. Sachlich war dieses Vorgehen, das auf näheres Studium der Teilgaben verzichtet, leider nicht. Die Mitteilungen des Deutschen Städtebundes versuchen deshalb, die spröde Materie etwas zugänglicher zu machen.

Zunächst muß man wissen, daß der für den 31. März 1928 bei sämtlichen Gemeinden und Gemeindeverbänden ermittelte Schuldenstand von 5774,4 Millionen Reichsmark sämtliche kommunalen Verpflichtungen umfaßt, sowohl die Altverschuldung und die Festwert- und Valutaschulden wie die Neuverschuldung. Diese, das heißt die seit der Währungsstabilisierung auf den inländischen und ausländischen Kapital- und Geldmärkten aufgenommenen Beträge, macht mit 4636,5 Millionen Reichsmark ungefähr vier Fünftel des Gesamtbetrages aus. Daran sind die kommunalen Auslandsanleihen mit 541,5 Millionen Reichsmark gleich 11,7 v. H. beteiligt. Während es sich bei den Auslandsschulden fast ausschließlich um langfristige Kredite handelt (94,5 v. H. mit mehr als zehnjähriger Laufzeit), ist die inländische Neuverschuldung nur zu etwa drei Fünfteln (2570,4 Millionen Reichsmark) als langfristig anzusehen.

In dem Vordringen des Anteils der mittel- und kurzfristigen Schulden ist eine der einschneidendsten Wandlungen in der Struktur des kommunalen Kredits zu sehen. Auch in der Schuldenform zeigen sich zwischen ausländischer und inländischer Neuverschuldung wesentliche Unterschiede. Da nur eine Anzahl von Großstädten und einige Kreise und Provinzen mit Inhaberpapieren an den Inlandmarkt zu treten vermögen, ist der Anteil der Inhaberschuldverschreibungen an der langfristigen Inlandneuverschuldung verhältnismäßig gering. Der bei weitem größte Teil ist den Gemeinden aus sogenannten Tilgungsanleihen zugeflossen (1739,4 Mill. Reichsmark gleich 67,6 v. H.), die alle durch Annuitäten zu tilgende Kredite mit mehr als 10jähriger Laufzeit umfassen. Eingeschlossen sind hierin auch die Anteile an kommunalen Sammelanleihen, die sogenannten Kommunalanleihen der Bodenkreditinstitute und die Kredite von eigenen Sparkassen.

Der Rest der langfristigen Inlandneuverschuldung entfällt auf Hypotheken und sonstige Grundstücksbelastungen 449,9 Mill. Reichsmark (gleich 17,6 v. H.), die innerhalb des kommunalen Kredits eine Sonderstellung einnehmen, da nur ein Teil, die sogenannten Finanzierungs-hypotheken, wirklichen Kapitalzuzufuß erbracht haben. Die mittel- und kurzfristige Inlandverschuldung in Höhe von 1524,6 Millionen Reichsmark umschließt eine Reihe vielfältiger Formen von Schulden mit Laufzeiten, die von 3 Monaten bis zu 10 Jahren gehen. Aus dem Gesamtbetrag haben sich als einheitliche und einheitliche Gruppen die Schatzanweisungen mit 13 Mill. Reichsmark, die Wechselschulden mit 101 Millionen Reichsmark und die Kontokorrentkredite mit 316 Millionen Reichsmark heraus. Davon sind nach ausdrücklicher Angabe der Gemeinden 112 Mill. Reichsmark als sogenannte Kassenkredite im finanztechnischen Sinne anzusehen. Bei dem übrigen Teil der mittel- und kurzfristigen Schulden (71 v. H.) handelt es sich um eine große Zahl von Einzelbeträgen, die die Form von Darlehen gegen Schuldschein haben, deren Laufzeit jedoch nicht eindeutig bestimmbar ist. Im wesentlichen sind die hieraus gewonnenen Mittel, wie die langfristigen Anleihen für Investitionen aufgewendet worden.

Eine Gliederung der kommunalen Neuverschuldung nach der Herkunft der Kreditmittel oder nach dem Gläubiger (nur für die Städte über 10 000 Einwohner, Gesamtbetrag 3415,8 Mill. Reichsmark ohne Hypotheken) ist besonders aufschlußreich. Dabei zeigt sich, in wie starkem Maße der kommunale Kredit durch jene Kreditinstitute gestützt wird, die dem Einfluß der Selbstverwaltungskörper selbst unterstehen. Mehr als ein Drittel der kommunalen Neuverschuldung wird allein an kommunale Bankinstitute (Girozentrale und Landesbanken) geschuldet. Nimmt man die von den örtlichen Kreditinrichtungen der Kommunen, wie Sparkassen, Girokassen, Stadtbanken usw. gewährten Beträge hinzu, so ergibt sich, daß insgesamt 1554,3 Mill. Reichsmark gewissermaßen im Wege der „Selbstversorgung“ aufgebracht wurden. Als sonstige öffentliche Geldgeber sind mit einem immerhin namhaften Betrage die Träger der Sozialversicherung zu nennen (239,9 Mill. Reichsmark). Zu der Summe von 335,8 Millionen Reichsmark, die den Gemeinden von rein privaten Gläubigern darlehensweise zur Verfügung gestellt worden ist, haben beigetragen die Hypothekendarlehenbanken 319,1 Millionen Reichsmark, sonstige Banken 354,9 Millionen Reichsmark, Versicherungsgesellschaften 36,4 Millionen Reichsmark.

Bemerkenswert sind weiterhin die Zinsbedingungen, zu denen die gemeinlichen Schulden hereingekommen sind. Zwischen dem Durchschnittssatz der Auslandsschulden (6,772 Proz.) und dem der inländischen Neuverschuldung (7,688 Proz.) besteht eine Spanne von nahezu 1 Proz. Die Untersuchung des Statistischen Reichsamtes über die Höhe der gesamten Zinslast führt zu dem Ergebnis, daß sich für das Jahr der Erhebung die gesamten kommunalen Zinsausgaben für alle Schuldarten einschließlich der Altverschuldung auf rund 400 Millionen Reichsmark stellen.

Nationalsozialistische Versammlungsförderung in München. Eine von der Bayerischen Volkspartei einberufene Wahlversammlung in München wurde durch Nationalsozialisten gesprengt, so daß es zu Tätlichkeiten kam und die Polizei die Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens zu erzwingen mußte.

Letzte Nachrichten

Räumung und Internationale Bank
Die 2. Haager Konferenz 7. Dezember

Paris, 13. Nov. (Tel.) Die „Matin“ erfährt, soll die 2. Haager Konferenz vorläufig auf den 7. Dezember festgesetzt worden sein und der Zeitpunkt der Rheinlandräumung zu Schwierigkeiten keinen Anlaß geben. Das Blatt schreibt, möglicherweise trete noch eine Änderung ein, die aber auf jeden Fall nur geringfügig sein könne.

Was die Räumung betreffe, so habe der Meinungs- austausch zwischen dem deutschen Votschafter v. Dösch und dem Außenminister Briand bewiesen, daß der Zeitpunkt der Räumung zu Meinungsverschiedenheiten nicht führen könne. Die ersten sechs Monate des nächsten Jahres würden nach Ansicht der französischen Behörden für die Rücknahme der französischen Truppen aus der dritten Zone reichlich genügen. Die einzige technische Schwierigkeit bestehe darin, daß die Frist von dem Tage an zu laufen beginnen müsse, an dem die deutsche Schuld kommercialisiert sei, d. h., an dem die internationale Bank auf Grund der Übergabe irgendwelcher Wertpapiere Gläubiger in Deutschland geworden sei.

Der Räumungsplan für die Zweite Zone

In Koblenz wurde am Dienstag von den französischen Besatzungsbehörden die frühere Garnisonstraße, die Garnisonstr. der Reichsbermögensverwaltung übergeben, ferner das frühere Probiantamt des VII. Armeekorps, einige Befestigungsanlagen und das frühere Bezirkskommando sowie die letzten Räumlichkeiten des preussischen Regierungsgebäudes. Am 20. November rücken die Gen darmeregimenten aus Diez, Montabaur, Oberlahnstein und Bad Gönz; am 21. November aus Neuwied, Alrweiler und Andernach; am 22. November aus Cochem und Mayen; am 23. November aus Boppard. Am 29. November wird die Koblenzer Zone geräumt sein.

Der neue Reichswirtschaftsminister

Der neue Reichswirtschaftsminister, der Volksparteiler Dr. Wobbenauer, der am Dienstag sein Amt antrat, erklärte einem Vertreter der „Königsb. Allgem. Ztg.“ u. a.:

Das Reichswirtschaftsministerium hat die vornehmste Aufgabe, die Wirtschaft zu fördern, vor Störungen zu schützen und ihre Lasten zu erleichtern. Förderung der Wirtschaft heißt aber unter den gegebenen Verhältnissen auch Förderung derjenigen Ausfuhr, auf die Deutschland angewiesen ist. Förderung der Wirtschaft und des Absatzes heißt aber auch Erhaltung und Stärkung des inneren Marktes, in erster Linie die Stärkung und Gesundung unserer notleidenden Landwirtschaft. Alle Maßnahmen, die mit durchgreifender Wirksamkeit auf diesem Gebiete ergriffen werden können und nicht andere wirtschaftliche Interessen gefährden, werden von mir mit aller Energie unterstützt werden.

Die Arbeitslosigkeit in der zweiten Oktoberhälfte

Die alljährlich im Herbst einsetzende Belastung des Arbeitsmarktes hat in der zweiten Oktoberhälfte begonnen, sich deutlicher auszuprägen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist von 784 000 auf 889 000, also rund um 13 1/2 Proz., gestiegen. An der Zunahme sind diesmal auch die Frauen — und zwar mit rund 12 000 — beteiligt, während die männlichen Unterstützten um rund 94 000 zugenommen haben. Die Gesamtzahl der Unterstützten in der Arbeitslosenversicherung liegt zur Zeit um mehr als 200 000 Personen höher, als zur entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krankenversicherung ist in der zweiten Oktoberhälfte von 185 000 auf 172 000, also um rund 7 000 oder 4 Proz., angestiegen.

Noch keine Verständigung über die Agrarzölle

Beim Reichsernährungsminister Dietrich fanden am Dienstag internationale Besprechungen der Regierungsparteien über die Agrarzölle statt, die jedoch, dem „N. F.“ zufolge, zu keiner Verständigung geführt haben und daher in einigen Tagen wiederholt werden müssen. Sozialdemokraten und Demokraten haben sich entschieden gegen die geplante Erhöhung des Futtergetreidezölles ausgesprochen. Ob es gelingen wird, die Regierungsparteien zu einigen oder den opponierenden Teil wenigstens dazu zu bewegen, daß er aus der Genehmigung der sich ergebenden Zollserhöhung mit einer anderen Mehrheit keine Konsequenzen zieht, müssen die weiteren Verhandlungen ergeben.

Die Standesherrenrenten.

Die Besprechung über die Standesherrenrenten hat, wie das „Berl. Tagebl.“ berichtet, noch zu keiner vollen Einigung zwischen den Regierungsparteien geführt. Die Bayerische Volkspartei will Papiermarkrenten auf 8 Proz. aufwerten und auch die sogenannten unfittlichen Renten in die Aufwertung einbeziehen. Die Deutsche Volkspartei will die Papiermarkrenten auf 5 Proz. aufwerten, während die Sozialdemokraten gegen jede Aufwertung sind. Man nimmt an, daß das Ergebnis eine Aufwertung auf 5 Proz. bei vollständiger Ausschaltung der unfittlichen Renten sein wird.

\*Der Räumungstermin

Die französische Regierung muß — das wird jeder vernünftige Politiker in Deutschland verstehen — Rücksicht nehmen auf jene nationalistischen Elemente, die der ganzen Verständigungspolitik teils mit Ablehnung begegnen, teils nur mit Zögern oder Mißtrauen zu folgen vermögen. Denn diese Strömungen bestimmen bis zu einem gewissen Grade das Verhalten der Rechtsparteien in der Kammer. Und da das Kabinett sich auf den größten Teil dieser Rechtsparteien stützt, kann es schon aus Gründen des parlamentarischen Systems solche Anschauungen und Gefühle nicht gut ignorieren.

Wenn man dieses alles bedenkt, muß man sich eigentlich wundern, daß Briand und Lardieu am letzten Samstag in der Kammer ein so offenes und rückhaltloses Bekenntnis zur Verständigungspolitik, das heißt praktisch zum Youngplan, abgelegt haben. Und weiter muß man sich wundern, daß trotzdem eine ansehnliche Mehrheit der Kammer dieser Politik der Verständigungspolitik ein Vertrauensvotum ausstellte. Es ist schon so, wie wir am Samstagabend berichteten, daß diese ebenso verwunderliche wie für die Aufrechterhaltung des Friedens erfreuliche Tatsache der Abstimmung als ein Sieg außenpolitischer Vernunft zu betrachten ist.

Nun sind allerdings gewisse Stellen aus der Rede Lardiens mißverstanden und in einer Weise interpretiert worden, daß sie den guten Eindruck leicht hätten verwischen können. Es ist durchaus möglich, daß Lardieu in dem Bestreben, der nationalistischen Rechten entgegenzukommen, einen Satz formuliert hat, der mißverstanden werden konnte. Es ist das jener Satz, in welchem angeblich von einer Laufzeit von acht Monaten gesprochen wird, in welchem also angeblich die Behauptung aufgestellt wird, die Räumung könne sich überhaupt erst im Lauf von acht Monaten vollziehen, und diese Frist von acht Monaten beginne erst dann zu laufen, wenn die bekannten Bedingungen (Rationalisierung des Youngplanes und Übergabe der in Frage kommenden Titel und Fonds) erfüllt seien.

Wir betonen bei dieser Gelegenheit nochmals, daß diese Bedingungen rein formale Bedeutung haben und eine Selbstverständlichkeit darstellen, und daß auch Frankreich anerkannt hat, die eigentliche Mobilisierung der Schuld werde und könne nur Sache der Internationalen Reparationsbank selbst sein.

Man konnte es voraussehen, daß jener angeblich von Lardieu gesprochene Satz Bedenken hervorgerufen mußte. Und richtig ist ja, daß selbst heute noch in französischen Rechtskreisen eine Auffassung herrscht, die dem Wortlaut dieses Satzes entsprechen würde. Rechtlich begründet ist sie nicht. In dem berühmten Schriftstück, welches die Räumungsfrage klärt, heißt es ausdrücklich, daß unter allen Umständen bis 30. Juni 1930 geräumt werden muß, wenn die eben erwähnten Bedingungen inzwischen erfüllt seien.

Doch wollen wir diesen ganzen Streit nicht gar zu ernst nehmen. Denn Lardieu selbst hat sich nach seiner Rede berichtigt und eine Interpretation gegeben, die uns zufriedenstellen kann. Er hat nach dem amtlichen Stenogramm gesagt:

„Die Räumung der dritten Zone durch die französischen Truppen wird unmittelbar nach Ratifizierung des Youngplanes durch das deutsche und das französische Parlament und seiner Inangriffnahme beginnen. Sie wird ohne Unterbrechung, so schnell, wie es die politischen Bedingungen zulassen, fortgeführt und in jedem Fall spätestens innerhalb eines Zeitabschnitts von acht Monaten vollendet, der nicht später als Ende Juni 1930 abläuft. Um die belgischen, britischen und französischen Truppen zur Durchführung der Räumung innerhalb der obengenannten Fristen instand zu setzen, ist es notwendig, daß die Reichsregierung die in den erwähnten angefügten Noten festgestellten Maßnahmen trifft.“

Zu allem Überfluß hat dieser Tage der Außenminister Briand dem deutschen Votschafter in Paris bekräftigt, daß diese Sätze die Auffassung Lardiens klar wiedergeben! Nun muß man natürlich auch diese Dinge mit gesundem Menschenverstand betrachten. Geht den Fall, es würde durch den Volkentscheid und sein Ergebnis eine Situation geschaffen, welche die glatte Ratifizierung zunächst in Frage stellt, und es würde die Ratifizierung faktisch erst im April oder Mai nächsten Jahres erfolgen, dann wäre es unbillig, von Frankreich zu verlangen, daß es die gesamte Räumung der dritten Zone im Verlauf von ein paar Wochen vollzieht. Voraussetzung ist doch bei beiden Beteiligten, daß jene Bedingungen so rechtzeitig erfüllt werden, daß die Räumung technisch bis zum 30. Juni durchgeführt werden kann.

Von französischer Seite ist inzwischen erklärt worden, daß acht Monate für die technische Bewältigung der Räumung eine mehr als ausreichende Frist seien, daß auch sechs Monate bequem genügen würden. Wenn also die Ratifizierung und die formale Zusage des Youngplans in finanztechnischer Hinsicht bis Ende dieses Jahres erfolgt sind, dann würde die Räumung in den sechs Monaten bis 30. Juni 1930 glatt vollzogen werden können.

Die Hoffnung, daß bis Ende dieses Jahres ratifiziert und in Gang gesetzt ist, erscheint wohl begründet. Der Volkstentwurf ist für die erste Hälfte des Dezember in Aussicht genommen, sein Resultat kann nicht zweifelhaft sein. Und die abschließende Reparationskonferenz im Haag soll gleichfalls in den ersten beiden Wochen des Dezember stattfinden. Die Internationale Bank ist ja bereits gegründet; sie wird ihren Sitz in Basel haben.

Wenn nicht ganz unvorhergesehene Schwierigkeiten auftauchen, werden sich die jetzt im Vordergrund stehenden Fragen, so weit sie sich aus dem Youngplan und den Beschlüssen der Haager Konferenz ergeben, in absehbarer Zeit erledigen lassen. Auch personell ist die beste Garantie dafür gegeben: Briand ist nach wie vor Außenminister in Frankreich, und bei uns in Deutschland ist an Stresemanns Stelle als Außenminister ein Mann getreten, Dr. Curtius, der die Verständigungspolitik mit Überzeugungstreue, Umsicht und Geschick fortsetzen wird.

### Die neue Beamtenbankgründung

Aus Anlaß der von der Dresdener Bank geplanten Gründung einer neuen Beamtenbank hielt der Deutsche Beamtenbund am Dienstag in Berlin eine Vorstandssitzung ab, in der die Vertreter der größten Organisationen zu dem Plan Stellung nahmen. Bei den Beratungen kam das Bestreben der Verbände darüber zum Ausdruck, daß die Beamenschaft hier ohne die Möglichkeit, selbst Einfluß zu nehmen, offenbar vor eine vollendete Tatsache gestellt werden sollte. Man betonte demgegenüber stark, daß die Organisationen keinerlei Veranlassung hätten, in dem bisherigen Vertrauensverhältnis zu ihrem eigenen Bankinstitut, der Deutschen Beamten-Zentralbank AG, eine Änderung eintreten zu lassen. Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß man an die durch die Dresdener Bank aufgeworfenen Fragen erst herantreten könne, wenn durch offizielle Verhandlungen zwischen Dresdener Bank und Deutscher Beamten-Zentralbank der Boden dafür geebnet sei.

Die „Frankf. Btg.“ meldet dazu aus Berlin: Die Gründung der Spar- und Kreditanstalt für deutsche Beamte und Angestellte AG, steht nicht im Zusammenhang mit den Bestrebungen auf Schaffung einer Zentralstelle für die deutschen Beamtenbanken, sondern sie bezweckt lediglich die Schaffung einer Berliner lokalen Institution für die Fortführung des durch die Bankzusammenbrüche gestörten Gehaltsüberweisungsverkehrs. Das Kapital von 1 Mill. Reichsmark wird voll von der Dresdener Bank übernommen. Bisherige Beamtenverbände sind beteiligt, bleibt abzuwarten. Gleichzeitig mit der Gründung übernimmt der Leiter der Genossenschaftsabteilung der Dresdener Bank die Treuhänderschaft für die geschlechte Bank für Deutsche Beamte e. G. m. b. H. Die ganze Gründung ist ein Verlegenheitsprodukt, entstanden aus der Notwendigkeit, den Gehaltsüberweisungsverkehr fortzuführen. Auch bei der Dresdener Bank verschließt man sich nicht der Einsicht, daß es besser gewesen wäre, zwecks Vermeidung neuer Zerplitterung die von der neuen Bank zu übernehmenden Aufgaben im Rahmen einer Umorganisation des gesamten Beamtenbankwesens zu lösen.

Die gefährliche Primadonna. Der Primadonna des litauischen Staatstheaters in Kowno, Krumhite, die vor kurzem wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und wegen ihrer Stellungnahme zugunsten Woldemaras für drei Monate in den Kreis Polizi verbannt wurde, ist nun gestattet worden, nach der litauischen Hauptstadt zurückzukehren.

Thomas Mann Nobelpreisträger. Der Literaturnobelpreis ist, wie aus Stockholm gemeldet wird, dem deutschen Schriftsteller Thomas Mann zuerkannt worden. Nach einer Meldung des „N. Z.“ aus München erklärte Thomas Mann u. a., er sei von dieser großen Ehre, der weithin sichtbaren Ehrung, die in der heutigen Welt der literarischen Leistung zuteil werden könne, tief gerührt. Es freue ihn besonders, daß diese Ehrung gerade vom Norden zu ihm komme, da ihr mit der skandinavischen Sphäre der Literatur immer schon starke seelische Bindungen verknüpft hätten. Ein Schatten liege insofern über seiner Freude, als derjenige deutsche Dichter, der, wie er glaubt, eine sehr große und berechtigte Anwartschaft auf den Nobelpreis gehabt habe, Arno Holz, gerade vor der Verleihung des Preises habe sterben müssen. Wie groß die Auslichten Arno Holz gewesen seien, wisse er nicht, wohl aber fühle er sich verpflichtet, als erster Trauer darüber zu empfinden, daß er nun gleichsam an seine Stelle habe nachrücken müssen.

Verteilung des Chemienobelpreises 1929. Die Akademie der Wissenschaften in Stockholm hat beschlossen, den Nobelpreis für Chemie für das Jahr 1929 zu gleichen Teilen zwischen dem deutschen Professor an der Stockholmer Universität, Hans von Euler-Chelpin und dem Londoner Universitätsprofessor Arthur Harden zu verteilen, und zwar für ihre Untersuchungen über die Gärung der Zuckerarten und die dabei wirksamen Enzyme.

Den Physiknobelpreis 1928 erhielt der Professor Owen W. Richardson, London, für seine Arbeit über das Termionphänomen und besonders für das nach ihm benannte Gesetz; den Physiknobelpreis 1929 der Herzog Louis Victor de Broglie in Paris für seine Entdeckung der Wellennatur der Elektronen.

Verband der Deutschen Volksbühnenvereine. Der Bezirk Baden, Pfalz und Saargebiet des Verbandes der Deutschen Volksbühnenvereine hält am 17. November in Kallstadt seinen 6. ordentlichen Bezirkstag ab. Auf der Tagesordnung stehen zwei Referate: „Das Wesen der Volksbühnenarbeit“, über das der Geschäftsführer des Verbandes, Albert Brobeck (Berlin) sprechen wird, und „Probleme des Zeittheaters“. Für diesen Vortrag ist Intendant Hans Weiskner vom Frankfurter Künstlertheater gewonnen worden. Den Arbeitsbericht wird der Bezirksgeschäftsführer A. Krämer (Karlsruhe) erstatten. Mit der Bezirkstagung ist eine Ausstellung verbunden, in der der Aufbau und die Tätigkeit der Volksbühnen, des Volksbühnenverbandes, seiner Wanderbühnen und sonstigen Einrichtungen durch ein reichhaltiges Material dargestellt wird.

## Die Württembergische Notenbank und der Fall Zoppitz

### Starke Verluste infolge Kreditgewährung

Wie gemeldet, hat die Stuttgarter Staatsanwaltschaft gegen die Leiter der Firma Gebrüder Zoppitz in Mergelstetten, deren Zahlungseinstellung in den letzten Tagen immer weitere Kreise zog, wegen des Verdachts des Betruges und des einfachen Bankrotts einen richterlichen Haftbefehl erlassen. Dr. Zoppitz gehörte dem Aufsichtsrat der Württembergischen Notenbank an. Er hat noch in der allerletzten Zeit ohne besondere Sicherheit große Kredite erhalten. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Notenbank ist der württembergische Finanzminister Dr. Dehlinger. Außerdem gehören dem Aufsichtsrat noch zwei Vertreter des Finanzministeriums sowie je ein Vertreter der württembergischen Girozentrale, der Deutschen Bank und anderer wirtschaftlicher Institute und Korporationen an.

Der Finanzausschuss des Württembergischen Landtags beschäftigte sich mit der Angelegenheit in vertraulicher Sitzung, über deren Ergebnis u. a. mitgeteilt wird:

„Die Firma Gebrüder Zoppitz, die bekanntlich im vorigen Jahr ihr 100jähriges Jubiläum gefeiert hat, hat bis zuletzt in der Bankwelt und bei ihren Warenlieferanten und -abnehmern in weitestem Ausmaß Vertrauen genossen. Daher erklärt sich auch die Höhe der neuerdings festgestellten, der Firma insgesamt gewährten Kredite. Ein großer Teil dieser Kredite ist ohne Deckung gewährt worden, und es werden daraus den Geldgebern starke Verluste erwachsen. Die Notenbank hat weitgehende Sicherheit für ihre Forderungen in der Hand, und es ist deshalb in der Sitzung erneut festgestellt worden, daß die Verluste, die für sie aus der Kreditgabe an die Firma Zoppitz im ganzen in Betracht kommen können, allein durch ihre hohen stillen Reserven, die ja für solche Fälle geschaffen sind, mehr als ausreichend gedeckt sein werden. Die Pfänder der Notenbank bestehen in lauter erstklassigen Grundschuldsicherheiten, darunter solchen in Höhe von 2 1/2 Mill. Reichsmark auf das gesamte Fabrikantwesen samt Werkwohnhäusern, in Warenübergewinnungen von sehr hohem Betrag und in Wertpapieren.“

Wesentliche Teile des Kredits sind von der Bank erst in den letzten Wochen vor der Zahlungseinstellung gegen entsprechende Verpfändung der Pfänder zu dem Zweck gegeben worden, um der im württembergischen Wirtschaftsleben eine bedeutende Rolle spielenden Firma über Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, die damals noch als vorübergehend angesehen wurden. Die Kreditgewährung der Notenbank an die Firma Zoppitz wird keinesfalls die Folge haben, daß irgend ein sonst bereits gegebener Kredit gänzlich oder eingeschränkt werden muß.“

### Studentenkravalle in Berlin

Auf der Berliner Universität kam es am Dienstag zwischen Studenten verschiedener politischer Richtungen zu einer Schlägerei, wobei die Polizei einschreiten mußte. Jüdische und sozialistische Studenten sollen, wie die „Kos. Btg.“ meldet, mißhandelt und aus den Erdgeschossen hinausgeworfen worden sein. An den Ausschreitungen hätten auch nichtimmatrikulierte Nationalsozialisten teilgenommen. Über den Anlaß zu den Ausschreitungen wird gemeldet, daß die Allgemeine Deutsche Studentenschaft in der Universität als Einladungen zu ihrem bevorstehenden Ball Plakate angebracht hatte, welche der neue Rektor, Gerhard Schmidt, entfernen ließ.

### Der Bauernprozeß in Neumünster

In Neumünster (Schleswig-Holstein) hatten sich am 1. August 1600 Anhänger der Landvolkbewegung eingefunden, um ihren Führer Pantens vom Gefängnis abzuholen. Sie führten eine große Fahne mit aufgemaltem Flug und Schwerk, die an einer Sense befestigt war, mit sich, welche die Polizei beschlagnahmte. Dabei kam es zu Zusammenstößen. Das Neumünsterer Schöffengericht sprach gegen drei Führer kleine Gefängnisstrafen aus und billigte ihnen Bewährungsfrist zu. Es werden jedoch die Staatsanwaltschaft und der Nebenkläger, der Polizeiverwalter von Neumünster, Bürgermeister Lindemann, gegen das Urteil Berufung einlegen.

### Die Unternehmung der Elcareffäre

Das Ergebnis der neuen Ermittlungen in der Elcareffäre Gelegenheit läßt es wahrscheinlich erscheinen, daß Stadtrat Gabel durch den zusammen mit ihm verhafteten Stadtrat Degner zu der Verlängerung des Elcareffären Monopolvertrages bis 1935 angestiftet worden ist. Stadtrat Degner scheint zuerst den Elcareffären Parteigenossen erlegen zu sein, und dann seinerseits seinen Parteigenossen Gabel für die von der A. B. G. gewünschte Vertragsverlängerung gewonnen zu haben. Die Ermittlungen des Disziplinaruntersuchungskommissars, Oberregierungsrat Tapoloff, in dem Disziplinarverfahren gegen den Stadtrat Sakoloff, den Oberrechnungsreferent in der Hauptprüfungsstelle des Magistrats, haben jetzt dazu geführt, daß durch den Oberpräsidenten die Amtsisuspension dieses Magistratsbeamten verfügt worden ist. Sakoloff wird zum Vorwurf gemacht, daß er bei Prüfung der Belege zugunsten der Elcareffäre sein Amt nachlässig ausgeübt haben soll, und zwar nicht ohne entsprechende Vergünstigungen.

Die neue Terrorwelle in Rußland. In Rußland wurden nach einer Statistik der „Sowjetiska Sibir“ am 25. Oktober 18 Bauern und am 20. Oktober 63 Bauern hingerichtet. Das sind in zwei Tagen 76 Personen. Die Hinrichtungen erfolgten ohne gerichtliches Urteil auf Beschluß der politischen Polizei wegen Aufhebung, Brandstiftung, Störung von Versammlungen und anderen von der G.P.U. erfundenen Delikten. In der Zwischenzeit hat das Schützenregiment weitergewütet.

### Sturmverheerungen im französischen Küstengebiet

W. B. Paris, 13. Nov. (Tel.) Der Sturm, der in der Nacht auf Dienstag im Armeekanal herrschte, hat an der französischen Küste beträchtliche Verheerungen angerichtet und sich sogar bis in die Umgegend von Paris ausgewirkt. In Ville stürzte die Mauer eines Neubaus ein und begrub unter sich ein junges Mädchen, das seinen Verletzungen erlegen ist. Zahlreiche Dächer wurden abgedeckt und viele Bäume entwurzelt. In der Gegend von Brest war das Meer in juchendem Aufbruch; sämtliche auf der See liegenden Schiffe mußten doppelte Anker werfen. Das französische Armeekanalgeschwader mußte in einem Hafen Zuflucht vor dem Unwetter suchen. Zahlreiche Fischerboote werden als vermisst gemeldet.

Die Verhandlung gegen Graf Christian zu Stolberg-Wernigerode wegen Tötung seines Vaters ist nach einer Meldung des „N. Z.“ auf den 6. Dezember anberaumt worden. Sie wird sich voraussichtlich auf drei Tage erstrecken.

In Bukarest wurden zwei höhere rumänische Offiziere wegen Bestechung verhaftet.

### Die Reform der Krankenversicherung

Im Reichsarbeitsministerium fand, wie gemeldet, eine Konferenz über den neuen Referentenentwurf zur Krankenversicherung statt. Der Referentenentwurf sieht eine Erhöhung der Pflichtversicherungsgrenze von 3600 auf etwa 4000 M. vor. Die geplante mäßige Erhöhung bewegt sich also tatsächlich im Rahmen der Geldentwertung. Die freien Gewerkschaften verlangten Festsetzung einer Jahresverdienstgrenze von 8400 M. Für die Arbeitgeber sprach Präsident Braumüller. Er betonte sich zum berufständischen Gedanken in der Krankenversicherung.

Gegen die im Entwurf vorgesehene Erhöhung der Versicherungsbeitragsgrenze wurden im übrigen von keiner Seite Einwendungen erhoben. Das Bestreben, in der Krankenversicherung mehr als bisher die Familie zu schützen (durch Ausmaß des Kranken- und Hausgeldes, durch Familienkrankenpflege als Pflichtleistung), fand die Billigung der Versammlung. Auch den Vorschlägen für eine wirtschaftliche Verwendung der Versicherungsmittel und Umstellung der Leistungen gemäß den sozialen Bedürfnissen wurde im allgemeinen zugestimmt. Lebhafte erörtert wurde auch der Aufbau der Krankenversicherung. In einem Referentenentwurf hat das Reichsarbeitsministerium neuartige Einrichtungen für Gemeinschaftsarbeit der Krankenkassen angedacht. Hierzu wurden zahlreiche Abänderungsvorschläge gemacht.

Das Reichsarbeitsministerium wird beschleunigt den Gesetzentwurf aufstellen.

### Zusammenarbeit zweier Hansestädte

Die beiden ehemaligen Hansestädte Hamburg und Lübeck, die räumlich ziemlich weit auseinander liegen und durch große Strecken preußischen Gebietes getrennt sind, haben trotzdem beschloßen, sich verwaltungsmäßig sehr eng zusammenzuschließen. Sie haben deshalb miteinander Verträge geschlossen, auf Grund deren die Annäherung, bei der allerdings die Beibehaltung der Eigenart beider Städte gesichert ist, in mancher Hinsicht einer Vereinigung beinahe gleichkommt. Der Zusammenschluß läuft natürlich im Grunde genommen darauf hinaus, daß das kleinere Lübeck sich an das große Hamburg anlehnt. Auf der anderen Seite aber kommt das wirtschaftlich und finanziell stärkere Hamburg der schwächeren Schwesterstadt Lübeck in mannigfacher Hinsicht zu Hilfe. Es hat sich z. B. schon vor längerer Zeit, übrigens zusammen mit dem Reich, an der Finanzierung des Lübecker Land- und Wasserflugplatzes beteiligt, es hat einen Teil seiner Irrenanstalten und Gefängnisse nach Lübeck verlegt. Ein Teil der Arbeiter und Angestellten des im schnellen Wachstum befindlichen Hamburger Hafens soll nach Möglichkeit in Lübeck angestellt werden. Im diese Anbahnung zu erleichtern, sind zwischen Lübeck und Hamburg sogenannte Lübeck-Hamburg-Büro eingeleitet worden, die die 60-Kilometer-Entfernung zwischen beiden Städten in einer Fahrzeit von 1/2 Stunden zurücklegen.

Der Verkehr zu Wasser und zu Lande wird sich allerdings unvermeidlich immer mehr nach dem Hamburger Welthafen hinziehen. Dafür wird Lübeck versuchen, ein Ausflugs- und Erholungsort für die Hamburger Bevölkerung zu werden. Das Ende dieser Entwicklung wird zweifellos einmal die Angleichung Lübecks an den Hamburger Stadtstaat sein, wobei dann allerdings das dazwischen liegende preußische Gebiet gleichfalls werde eingemeindet werden müssen.

### Kurze Nachrichten

Der Astenrat des Reichsrates ist zum 18. November einberufen worden, um über den Geschäftsplan des Reichstages Beschluß zu fassen.

Frau Jubloff 7. Frau Jubloff ist heute, Mittwoch, früh 7 1/2 Uhr im Bonner Franziskus-Hospital ihrer Krankheit erlegen.

Rundgebungen in Wien. Die anläßlich des Staatsfeiertages am Dienstag in Wien von der Sozialdemokratischen Partei veranstalteten Rundgebungen ist in voller Ruhe verlaufen.

Geldunterstützung der „Humanität“ durch deutsche Kommunisten. Der kommunistischen Pariser „Humanität“ sind nach ihrer eigenen Angabe aus Berliner kommunistischen Kreisen 30 000 Franken zur Unterstützung des Blattes zugegangen.

Die belgisch-italienische Hochzeit. Die Hochzeit der Prinzessin Marie José mit dem italienischen Kronprinzen ist auf den 8. Januar nächsten Jahres festgesetzt worden.

Die Gerüchte von einem Attentat auf Mussolini wurden von „Giornale d'Italia“ dementiert.

Sir Ovech britischer Botschafter in Moskau. Sir Ronald Lindsay ist zum britischen Botschafter in Washington, Sir E. Ovech zum Botschafter in Moskau, und Sir Robert Balfour zum ständigen Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt ernannt worden.

Neue Grubenanlagen im Donezbecken. Im russischen Donezbecken ist jetzt die Anlage der zweiten Serie von Kohlenruben in Angriff genommen worden. Die Bauten werden nach Projekten amerikanischer und deutscher Firmen ausgeführt. Die neuen Gruben werden eine Gesamtleistung von 12 Millionen Tonnen erreichen.

Amanullah bleibt in Rom. Der ehemalige König von Afghanistan, Amanullah, der bisher in der afghanischen Gesandtschaft in Rom gewohnt hatte, hat dieser Tage eine Villa zu dem Preis von 2 1/2 Mill. Lire erworben. Er wird mit seiner Familie dort Wohnsitz nehmen.

Der Redakteur Ray Geisenheyer aus Frankfurt a. M. hielt Dienstagabend im Deutschen Hilfsverein in Paris vor zahlreichem Publikum einen Vortrag über seine Weltreise mit dem Luftschiff „Graf Zeppelin“. Dem Vortrag wohnten außer Botschafter v. Hübner Vertreter des französischen Luftfahrtministeriums und der in Paris weilende Professor Einstein bei.

### Gemeinderundschaft

Bürgermeisterwahlen. In Araf (Amt Reustadt i. Schw.) wurde der bisherige Bürgermeister Johann Meiser vom alten Posthof mit 198 von 204 abgegebenen Stimmen (Stimm-beteiligung 94 Proz.) wiedergewählt. — In Owingen (Amt Konstanz) wurde der Landwirt Karl Maier mit 166 Stimmen gewählt, während sein Gegenkandidat Adolf Endres 156 Stimmen auf sich vereinigte.

Strassen- und Brückenbauarbeiten in St. Blasien. Die Arbeitsleistung der Arbeitsgemeinschaft Heilberg, Wiesloch, Singheim, der Bezirk Eberbach und einige Bezirke im Neckarajpfel, wie Neckarsteinach, Neckarhausen, Zieselhausen.

Der Gemeindevergnüßung von Zehnheim für 1929 wurde vom Bürgerausschuß abgelehnt, und zwar wegen einer geplanten einmaligen Umlage von circa 5000 M., die zur Verteilung der Kreissteuer erhoben werden sollte.

Ohne Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Die Stadt Singen a. S. dürfte eine der wenigen deutschen Städte sein, in der es weder Arbeitslosigkeit noch Wohnungsnot gibt.